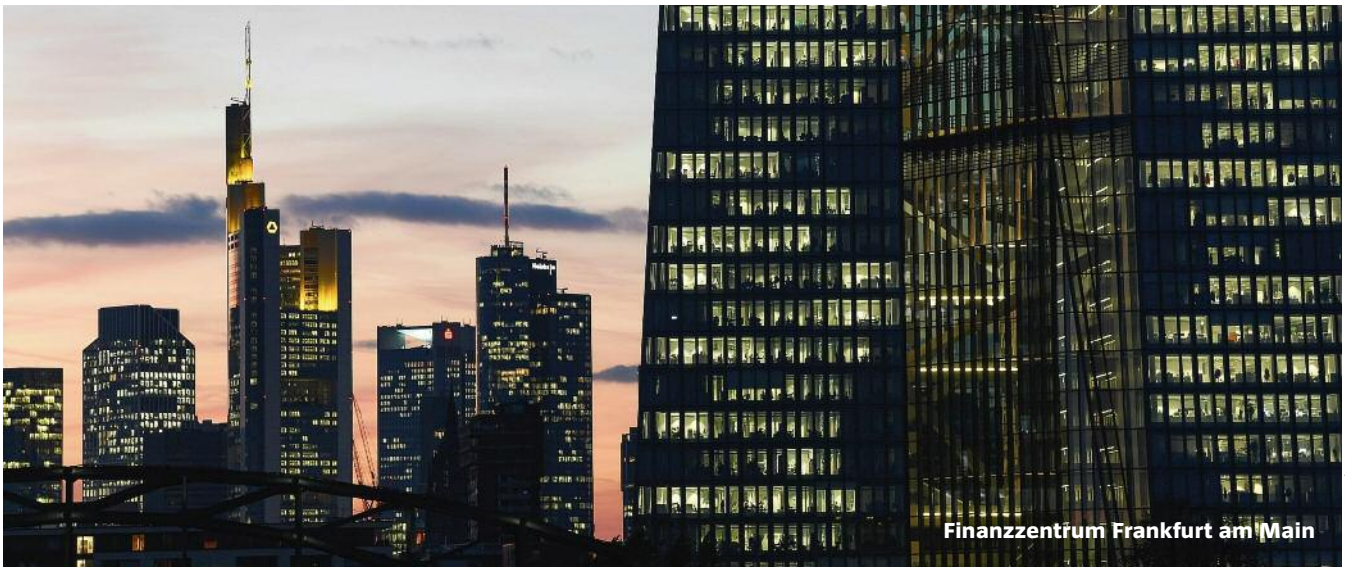
Wirtschaft

Wer nicht sucht, der nicht findet. Vor allem nicht den Schmutz. ▶ S. 58



Finanzzentrum Frankfurt am Main

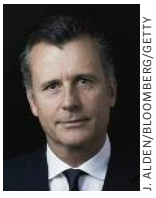
ARNE DEDERT / DPA

Finanzkrise

»Das kann explosiv sein«

Blackrock-Vize Philipp Hildebrand attackiert Europas Bankenlobby und nationale Aufsichtsbehörden.

● Vor dem Reformgipfel der Europäischen Union fordert einer der mächtigsten Geldmanager der Welt, die Bankenaufsicht des Kontinents neu zu ordnen. »Es ist an der Zeit, den letzten Schritt zu einer echten europäischen Bankenaufsicht zu machen und die Macht nationaler Behörden weiter einzuschränken«, sagt Philipp Hildebrand, Vizechef der Fondsgesellschaft Blackrock. Nur so könne das Finanzsystem der Eurozone dauerhaft stabilisiert werden. Blackrock ist an allen großen börsennotierten Finanzkonzernen beteiligt, auch an der Deutschen Bank. Vieles sei besser geworden, seit 2014 die Bankenunion gestartet und die Aufsicht größtenteils auf die Europäische Zentralbank (EZB) übertragen wurde. »Doch der Streit um die faulen Kredite italienischer Banken und andere Beispiele zeigen, dass die Rolle der nationalen Behörden nach wie vor zu groß ist«, so Hildebrand.



J. ALDEN/BLOOMBERG/GETTY

Hildebrand

»Der starke Einfluss der Bankenlobby auf nationaler Ebene ist ein Problem.« Er führe dazu, dass schwache Banken nicht so hart angefasst würden wie nötig, um sie zu sanieren oder abzuwickeln. Ein Kernproblem sei es, dass die Banken in großem Stil Anleihen ihrer jeweiligen Regierung hielten und daher beider Schicksal eng miteinander verknüpft sei. »Wenn dann auch noch die nationalen Aufsichtsbehörden großen Einfluss haben, kann das explosiv sein.« Der Ex-Präsident der Schweizer Notenbank plädiert dafür, mehr Kompetenzen auf die EZB zu verlagern; nationale Behörden wie die deutsche BaFin wären dann nurmehr Filialen. Dies sei auch Voraussetzung dafür, dass es zu grenzüberschreitenden Fusionen und damit stärkeren Banken komme. Diese könnten Risiken besser streuen und unabhängiger von Wirtschaft und Regierung ihrer Nationen werden. BAZ, MHS

Landraub

Ärzte gegen Menschenrechte?

● Die Ärzteversorgung Westfalen-Lippe (ÄVWL), mit elf Milliarden Euro Kapitalvolumen eines der größten Versorgungswerke des Landes, bekommt Probleme mit ihrer Anlagepraxis. Eine Studie mehrerer NGOs, darunter Friends of the Earth und die Menschenrechtsorganisation Fian, kritisiert ein 100-Millionen-Dollar-Investment in einen Fonds des amerikanischen Pensionswerkes TIAA. Der Fonds und mit ihm verbundene Firmen seien in Brasilien in Landraub und Menschenrechtsverletzungen verwickelt. In der Region Matopiba seien rechtlich strittige Landtitel erworben und das Gelände anschließend auch für den Sojaanbau bereinigt worden. Ein Sprecher des US-Pensionsdienstleisters betonte, man halte sich in Brasilien an alle Gesetze und habe strenge ethische Richtlinien. »Bei solchen Vorwürfen müssen deutsche Aufsichtsbehörden nicht nur wie bisher den Werterhalt dieser Anlagen prüfen, sondern sie auf Einhaltung von Menschenrechten abklopfen und notfalls haftbar machen«, sagt Roman Herre von Fian. Die ÄVWL wolle keine Renditen durch Vernachlässigung humanitärer Gesichtspunkte oder mit Nahrungsmittelspekulation erzielen, lässt ein Sprecher wissen. Man werde die Fondsmanager um Aufklärung bitten. NKL